

Durchsetzung  
monatlich 1000.—  
in der Gesamtzeitung 1000.—  
in den Ausgabeblättern 1100.—  
durch Zeitungsblätter 1200.—  
am Postamt 1320.—  
ins Ausland 600 deutsche M.

Herausgeber:  
2273. 3110.

Tele.-Adr. Tageblatt Posen.  
Postcheckkonto für Polen Nr. 200283 in Posen.  
Postcheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint  
an allen Werktagen

Anzeigenpreis:  
f. d. Millimeterzeile im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens ..... 60.— M.  
Reklameteil ..... 180.— M.

Für Aufträge f. Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M.  
aus Deutschland ..... Reklameteil 60.— d. M.

## Präsident Gabriel Narutowicz †.

Wie wir schon am Sonnabend durch Extrablatt und in einem Teil der Stadtauslage des „Posener Tageblattes“ meldeten, wurde der vor wenigen Tagen gewählte und in sein Amt eingeführte

### Präsident der Republik Gabriel Narutowicz am Vormittag des 16. Dezember 1922 das Opfer eines Mordanschlages.

Der vom Zivilkabinett des Präsidenten herausgegebene amtliche Bericht darüber lautet:

Warschau, 16. Dezember, 3,30 Uhr nachmittags. Heute vormittag um 1/212 Uhr begab sich der Präsident der Republik zu seiner Eminenz, dem Kardinal Kakowski, dem Erzbischof von Warschau, um ihm seinen Besuch zu machen. Nachdem er sich eine halbe Stunde beim Erzbischof aufgehalten hatte, begab sich der Präsident mittags um 12 Uhr nach dem Gebäude der Gesellschaft der Freunde der schönen Künste, um dort der Eröffnung einer Ausstellung beiwohnen. In dem Augenblick, als der Präsident unter Vorantritt des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden dieser Gesellschaft und in Begleitung des Chefs seiner Zivilkanzlei, zweier Adjutanten, des Präsidenten des Ministerrates und des Ministers Kumaniecki das Gebäude betrat, gab der unmittelbar hinter ihm in der Volksmenge stehende Maler Eligiusz Niewiadomski drei Revolverschläge auf ihn ab, die den Präsidenten von hinten trafen und seinen fast sofortigen Tod zur Folge hatten, und versuchte danach zu fliehen. Der Täter wurde von den persönlichen Adjutanten des Präsidenten sofort festgehalten. Der vom Justizminister herbeigerufene Staatsanwalt des Bezirksgerichts begann sofort am Tatort die Untersuchung. Eine Viertelstunde später stellte sich vor dem Ausstellungsgebäude die Leibschwadron des Präsidenten auf. Der mit der Fahne bedeckte Leichnam des Präsidenten wurde von Mitgliedern seines Hauses in den Wagen getragen und, eskortiert von der Leibschwadron, nach dem Belvederepalast gebracht. Auf den Stufen des Wagens standen der Generaladjutant des Präsidenten und sein Leibarzt. Nachdem der Leichnam von Offizieren ins Innere des Belvederepalastes getragen worden war, wurde er im Audienzsaal niedergelegt. Ulanen der Leibschwadron halten an der Bahre des ermordeten Präsidenten die Ehrenwache.

#### Die Wirkung in Warschau.

Polnische Blätter melden: Der verdammenswerter Mord hatte in Warschau eine niederschmetternde Wirkung auf die Bevölkerung. Überall wurde die Tat auf das schärfste verdammt, und immer wieder wurde mit tiefster Trauer darauf hingewiesen, daß jetzt zum ersten Mal ein an die Spize Polens befreiter Mann von der Hand eines Polen gemordet sei.

Wo der Trauerzug, der sich durch die Krakauer Vorstadt, den Nowy Świat und die Ujazdowski-Allee nach dem Belvederepalast bewegte, sich zeigte, verschwanden alle Gespräche, und in grenzenloser Niedergeschlagenheit wurden die Häupter entblößt. Es war, als wenn alles die eine Frage auf den Lippen hätte: „Wie ist das möglich?“

#### Pressekonferenz beim Sejmarschall.

In einer Pressekonferenz am Sonnabend sagte Marschall Rataj u. a. folgendes: „In einer so ernsten Lage muß Ruhe bewahrt werden, Ruhe im ganzen Lande, und an Sie als die Vertreter der Presse, eines so feinen Maßstabs der öffentlichen Meinung, wende ich mich mit der entschiedenen Aufforderung, dabei zu helfen, die Meinung der Allgemeinheit zu beruhigen.“

#### Der Eintritt im Sejm.

Als die Nachricht von dem entsetzlichen Verbrechen im Sejm eintraf, wurden sofort alle Sitzungen und Versprechungen unterbrochen. Alle Minister mit dem Sejmarschall Rataj an der Spitze begaben sich nach dem Ministerratspräsidium, wo die letzte Verhandlung unter dem Voritz Ratajs stattfand.

Um 4 Uhr nachmittags eröffnete Sejmarschall Rataj eine Sitzung der Fraktionsvorsitzenden. Abgeordneter Dąbrowski erklärte, als Stefan Dąbrowski das Wort ergriff, die Sicherheit sei nicht genährlichst, da die Mörder mitten unter den Versammelten lägen. Abg. Dąbrowski: „Wer meinen Sie?“ Abg. Dąbrowski: „Ich habe mit deutlich ausgedrückt, die Mörder sitzen bei den Morden.“ — Zum Zeichen der Trauer wurde auf dem Sejmgebäude die Nationalflagge auf Halbmast gehisst.

#### Dreitägige Trauer in Warschau.

Am Sonnabend fielen in allen Warschauer Theatern und Lichtspielhäusern die Vorstellungen aus. Ebenso wurden alle musikalischen Darbietungen in den Kaffeehäusern und Restaurants eingestellt. Das Regierungskommissariat hat beim Ministerium die Anordnung der dreitägigen Trauer für Warschau beantragt.

#### Die Trauer in Posen.

Auf Befehl des Starosten wurden am Sonnabend alle Theatervorstellungen, musikalischen Darbietungen und Lichtspielvorstellungen zum Zeichen der Trauer um den ermordeten Präsidenten der Republik durch die Polizei verboten.

#### Der Täter.

Über die Person des Malers Niewiadomski, der die entlebliche Tat verübt, liegen bis jetzt folgende Nachrichten vor:

Niewiadomski wohnte in Warschau in der ul. Krucza Nr. 5, wo er mit seiner Frau, einer Tochter und einem Sohn eine vierzimmerwohnung bewohnt. Zwischen ihm und seiner Familie sollen wiederholt schräge Differenzen vorgekommen sein, da seine politischen Ansichten von seinen Angehörigen nicht geteilt wurden. Seine Frau und seine Tochter hatten linksradikale Anschauungen. Er ist am 1. Dezember 1869 in Warschau geboren, absolvierte die Realsschule und studierte dann in der Kunstabademie in Petersburg, die er im Jahre 1895 nach Bestehen der Diplomprüfung verließ. Dann reiste er nach Paris, wo er seine Bilder ausstellte. In den letzten Jahren wirkte er vor allem als Kunspädagoge. Er zeichnete sich immer durch eine äußerst charakteristische Gesinnung aus. Er war früher Mitglied der nationaldemokratischen Partei, trat aus ihr jedoch aus, weil er sich der Parteidisziplin nicht fügen wollte. Unter seinen Bekannten galt er als Sonderling. Im Jahre 1918 fiel er von der Straßenbahn und zog sich dadurch eine schwere Krankheit zu, die auch seinen Geisteszustand beeinflusst haben soll. Bei dem ersten Verhör, erklärte er, er hätte aus eigenem Antriebe und ohne Verständigung mit irgend jemand gehandelt. Getrieben hätte ihn dazu die Verteilung der Stimmen bei der Wahl des Präsidenten.

#### Die Vorbereitungen zur Beisetzung des erschossenen Präsidenten.

Die Leiche des Präsidenten ist im Audienzsaal des Belvederepalastes aufgebahrt. Die Ehrenwache halten Ulanen der Leib-

schwadron. Die einbalsamierte Leiche des Präsidenten bleibt bis Dienstag im Audienzsaal. Am Dienstag erfolgt die Überführung nach dem Königlichen Schloß. Vom Belvedere bis zum Schloß wird eine Soldatenkette aufgestellt werden. Der Leichenzug wird von zwei Schwadronen Chevaulegers geführt werden. Das Trauergesetz wird in folgender Ordnung schreiten: die nächsten Familienangehörigen, der Sejmarschall und der Senatsmarschall, die Regierung in corpore, der Chef des Generalstabes, das diplomatische Corps, der Sejm und der Senat, die Generalität, Vertreter der Behörden und andere Personen. Zu beiden Seiten wird die Leibkompanie des Präsidenten mit Fackeln schreiten.

#### Eine Todesahnung des Ermordeten?

Wie der Berichterstatter der „Daily Chronicle“ berichtet, hatte er eine Unterredung mit dem englischen Gesandten Max Müller, deßwegen eine Unmöglichkeit am Donnerstag dem Staatspräsidenten seine Glückwünsche nicht hatte aussprechen können und das Zusammentreffen mit ihm in der Kunstausstellung bemühte, um ihm zu gratulieren. Der Präsident erwiderte darauf, es wäre besser, wenn er ihm kondolieren würde. Unmittelbar darauf fielen die drei Schüsse, deren Opfer Narutowicz wurde.

#### Die letzte Amtshandlung des Präsidenten.

Eine halbe Stunde vor seiner Abfahrt zur Eröffnung der Kunstausstellung begnadigte Narutowicz den vom Lemberger Standgericht zum Tode verurteilten Tatoszyński.

#### General Haller wird öffentlich beschuldigt.

Der zur Wyżwolenie-Gruppe gehörige Abgeordnete und Major der Reserve Kościakowski, der der Eröffnung der Kunstausstellung beimholt, lief sofort, nachdem der Mord sich ereignet hatte, auf die Straße, um Piłsudski von dem Vorfall zu benachrichtigen. Auf der Treppe traf er den ehemaligen General und jetzigen Abgeordneten Józef Haller. Er lief auf ihn zu und rief: „Dieser Anschlag fällt auf Ihr Haupt!“ Der Abgeordnete Kościakowski berichtete das selbst im Sejm in Anwesenheit der Abgeordneten Anius und Thugutt und vieler anderer Abgeordneter und Journalisten.

#### Ein Aufruf des Innenministers.

Minister Darowski erließ am Sonnabend folgenden Aufruf: Durch Bubenhand wurde am 16. Dezember der höchste Würdevorträger der Republik, der Präsident Narutowicz, dahingemordet. Der Täter wurde ergriffen und wird der verdienten Strafe nicht entgehen. Die Funktionen des Präsidenten der Republik übernahm vertretungsweise im Sinne des Artikels 40 der Verfassung der Sejmarschall Maciej Rataj. Alle Behörden üben ihre Funktionen weiter aus. Indem ich das der Bevölkerung der Republik zur Kenntnis bringe, fordere ich alle auf, unbedingt die in der Zeit einer schweren Prüfung notwendige Ruhe und Ordnung zu wahren.

Minister Darowski,  
Leiter des Ministeriums des Innern.

#### Die neue Regierung.

Am Sonnabend nachmittag teilte Minister Darowski dem Sejmarschall mit, daß er die von dem ermordeten Präsidenten ihm übertragene Bildung des Kabinetts nicht übernehmen könne. Der Sejmarschall berief darauf den General Sikorski zu sich, der sich auf seine Anfrage bereit erklärte, ein neues Kabinett zu bilden.

Sofort nach der Besprechung mit dem Sejmarschall berief General Sikorski alle bisherigen Minister zu einer Konferenz und bat sie, auf ihren Posten zu bleiben, behielt sich jedoch das Innenministerium vor. Der Unterrichtsminister Kumaniecki meldete seinen Rücktritt an. Das neue Kabinett setzte sich folgendermaßen zusammen: General Sikorski Ministerpräsident und Minister des Innern, Alexander Skrzynski (bis her polnischer Gesandter in Bukarest) Minister des Außen, Mikołajski-Pomorski Unterrichtsminister. Die übrigen Portefeuilles blieben in den bisherigen Händen. Die Ernennungsurkunden der neuen Minister wurden vom Sejmarschall Rataj als dem Vertreter des Präsidenten der Republik unterzeichnet und von General Sikorski gegenzeichnet.

#### Ein Aufruf des Generals Sikorski.

General Sikorski erließ am Sonnabend folgenden Aufruf: Polen! Von dem Sejmarschall als dem Vertreter des Präsidenten der Republik berufen, ergreife ich, als ein an Disziplin gewöhnter Soldat das Steuer der Regierung in den schwersten

Augenblick, den unser Staat seit seiner Wiedererstehung erlebt hat. Denn die Gefahr des Einfalls der Bolschewisten, die im Jahre 1920 an den Toren der Hauptstadt standen, verliert ihren Schrecken gegenüber dem politischen Mord, als dessen Opfer der erste Präsident der Republik fiel, gegenüber den Bruderlämpfen, gegenüber den Anschlägen auf die Rechtsordnung und die Majestät der Republik. Jetzt haben die verbrecherischen Taten unzurechnungsfähiger Fanatiker uns mit Schande bedeckt, haben die innere Kraft des Staates geschwächt, haben die Gefahr von außen vergrößert. Indem ich in diesem Augenblick das Steuer der Regierung in meine Hand nehme, bin ich entschlossen, die Rechtsordnung und die Ruhe im Innern mit rücksichtsloser Feindseligkeit zu verteidigen. Ich fordere alle Bürger, die das öffentliche Wohl über ihr Parteinteresse und die Interessen ihrer Partei stellen, auf, sich um die Regierung zu scheren, die nur dieses eine Ziel haben wird: dem bedrohten Vaterland zu dienen. Troch der verständlichen Empörung, mit der die gesamte Bevölkerung die Ermordung des Präsidenten der Republik aufgenommen hat, erwarte ich von allen unabdingte Wahrung der Ordnung. Die Regierung wird ihre Pflicht erfüllen. Diejenigen, die an dem Meuchelmord schuld sind, werden die verdiente und von dem Gesetz vorgeschriebene Strafe finden. Zugleich aber werden alle Verdächtigen, eigenmächtig zu richten, mit unbedingter Entschlossenheit niedergeschlagen werden. In vollem Glauben an die Möglichkeit der Abwendung der Gefahr, die dem Staat droht, und der Verhütung von Unruhen erwarte ich von Euch, Polen, in diesem schweren Augenblick Achtung vor dem Gesetz, Gehorsam den Behörden gegenüber und disziplinierte Arbeit zum Wohle der Republik.

Warschau, den 17. Dezember.

Der Präsident des Ministerrates.

Divisionsgeneral Władysław Sikorski.

#### Ein Armeebefehl.

Der Kriegsminister Sosnkowski hat am Sonntag folgenden Armeebefehl erlassen:

Soldaten! Zum ersten Male in der Geschichte Polens ist auf die Nation die Schmach des Meuchelmordes gefallen, der von einer verbrecherischen Hand an der geheiligten Person des Staatsoberhauptes begangen wurde. Am 16. d. M. ist in Warschau der Präsident der Republik Polen Gabriel Narutowicz ermordet worden. In diesem tragischen Augenblick ist sich das Heer darüber klar, worin seine Pflicht und Schuldigkeit besteht. Wenn dem Vaterland die Anarchie droht und der Feinde auf den Augenblick seiner Schwäche wartet, schlägt das Heer um so stärker seine Reihen zusammen. Es bewahrt Ruhe und eiserne Nerven und leistet den durch die Gesetze der Nation geschaffenen Behörden vollen Gehorsam. Das Vaterland kann ruhig sein, wenn das Heer eine unverderbte Seele und eine unvergleichliche Moral bewahrt. Dann wird es die schwersten Zeiten durchstehen. Das polnische Heer verneigt sein Haupt vor der sterblichen Hülle des ersten Bürgers, eines unbekleideten Mannes, der wie ein Soldat auf dem höchsten Posten des Staates fiel. Anlässlich des Dahinscheidens des Präsidenten der Republik befiehle ich, zum Zeichen der Trauer auf den staatlichen Gebäuden die Staatsflaggen auf Halbmast zu setzen. Angefecht des Todes des Präsidenten der Republik befiehle ich den Offizieren, Kreppstreifen auf dem linken Arm für sechs Wochen anzulegen.

#### Berufung Piłsudski an die Spitze des Generalstabs

In dem Sonntagsbefehl des Kriegsministers wird folgendes bekannt gegeben: „An den Marschall Józef Piłsudski. Ihre Meldung als Offizier des aktiven Heeres und Ihre Mitteilung, daß Sie beschlossen haben, sich der Heeresarbeit zu widmen, berücksichtigend, berufe ich Sie im Einvernehmen mit dem Ministerrat vorläufig auf den Posten des Chefs des Generalstabes.“

#### Die Nationalversammlung tritt am Mittwoch zusammen.

Der Ministerrat beriet am Sonnabend nachmittag unter Vorsitz des Sejmarschalls Rataj als des stellvertretenden Präsidenten der Republik und in Anwesenheit des Marschalls Piłsudski über die zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit zu ergreifenden Maßnahmen und die Einzelheiten der Untersuchung. Auf eine Anfrage erklärte Sejmarschall Rataj, daß die Nationalversammlung am Mittwoch zusammentrete.

## Mordpolitik in Polen.

Als der vor einer Woche neu gewählte und am Donnerstag vereidigte polnische Staatspräsident Gabriel Narutowicz am Sonnabend, dem 16. d. Mis. zur Eröffnung der Kunstausstellung der Gesellschaft "Zachet" fuhr, glaubte er sicher nicht, daß aus der Menge der dort versammelten Künstlerschaft ihn mörderische Augen treffen würden. Aber die Politik ist in unjierem Zeitalter der Demokratie und leider auch Demagogie zu allen gedrungen. Geistliche, Studenten, Künstler, alle machen heute Politik, jeder in seiner Weise, indem sie dabei eine überaus hohe Meinung von ihrer Fähigkeit und Berechtigung zu tätigen Eingriffen in dies Gebiet zeigen. Diese hohe Meinung von sich selbst beruht leider sehr selten auf wirklicher Sachkenntnis und auf gedanklicher Durchdringung der politischen Fragen. Der Kunsthistoriker Eligiusz Niewiadomski hielt sich für berechtigt, die Gelegenheit zu benutzen und bei der Eröffnung einer Kunstausstellung den neuen Präsidenten seines Staates niederzuschießen. Vielleicht ohne Auftrag, vollstreckte er tatsächlich den Willen der polnischen Nationalisten, der Leute der Hyäne, den sie in Wort und Schrift seit der Wahl Narutowiczs deutlich genug kundgetan hatten. General Haller und der Redakteur Sadzewicz von der "Gazeta Poranna" in Warschau hatten es ja der Menge zugerufen, daß die Wahl nicht zu ertragen sei und daß für die Reinheit Polens gekämpft werden müsse. "Polska musi być czysta" (d. h. Polen muß rein sein) ist ein Kernspruch der polnischen Chauvinisten. Man sorgte für diese Reinheit Polens zuerst, indem man den höchsten Würdenträger und Repräsentanten des Staates mit Schnauzbart bewar, und schließlich fand sich ein Besessener, der Narutowicz kurzerhand niederschoss. Eine edle, sympathische Gestalt fiel als Opfer hirnloser Verblendung. Narutowicz war ein echter Pole, aber zu seinem persönlichen Unglück war er auch ein guter Europäer. Das aber ist in unserer Zeit, da dem schlechten Beispiel Frankreichs zufolge überall der fanatische Nationalismus auf die äußerste Spitze getrieben wird, ein Verbrechen. Er hielt es für erträglich, der Verfassung entsprechend, mit Hilfe der Stimmen von jüdischen, ukrainischen und deutschen Bürgern zum Staatspräsidenten gewählt zu werden. Deshalb mußte er sterben. Der Mörder gab als Grund der Tat an: "Polen wurde geschändet, der Präsident war durch eine Minderheit gewählt, man mußte die Schande durch Blut abwaschen."

Kein Mensch außerhalb der Nationaldemokratie, am allerwenigsten irgend ein Mensch in Europa außerhalb Polens, wird sich in diesen Gedankengang hineindenken können. Und doch ist die Begründung des Täters ganz und gar im Sinne der Ausführungen, die wir so oft in den Herzartikeln der RechtsPresse gelesen haben. Es handelt sich keineswegs um eine absonderliche Gedankenverirrung eines Einzelnen, wie die Chauvinisten jetzt gern behaupten möchten. Nein, man brauchte nur am Sonnabend nach Entfernen der Unglücksbotschaft in Posen die Wirkung zu beobachten, um zu erkennen, daß Niewiadomski kein Einzelner ist. Nur wenige Gesichter zeigten einen gewissen Ernst. Im übrigen fand man Gleichgültigkeit, noch öfter aber eine hämische oder gedankenlose Freude. Heruntergekommen aussehende Gestalten schüttelten sich glückwünschend die Hände. „Zyda nie ma!“ Der Jude lebt nicht mehr! Höhnische, grinsende Bemerkungen über das Entsetzen der Juden über den Mord begleiteten den Glückwunsch dieser sauberer Brüder. Unreife Mädchen mit der Mappe unter dem Arm schüttelten sich vor Lachen aus und preiseten den „Künstler“, der sich einen solchen „Sport“ geleistet habe. Das sind die Früchte der Erziehungsarbeit der polnischen RechtsPresse am Volke: Verdummung und Verrohung!

"Die Tat ist eine Schande für Polen", so erklärt die "Rzeczpospolita", die doch mit ihrem Herrn Stroński an der Spitze alles getan hat, um den Boden für diese schauerliche Übelität vorzubereiten. Die Partei des Bürgertums, der Leute, die für Ordnung und Autorität der Regierung eintreten, heißt das Volk auf, rief die "nationale Strafe" und suchte die Abhaltung der Nationalversammlung zu verhindern. "Wer Wind sät, wird Sturm ernzen", so rief der Sozialistführer Dąbrowski im Sejm bei der Besprechung der Montagsunruhen der Rechten zu. Es folgte damals lauter ironischer Beifall der Chjena. Jetzt haben sie Sturm geerntet, einen Sturm, der gar leicht sie selbst oder ganz Polen zerzausen oder niederschlagen wird. Die Verfassung der polnischen Republik ist doch im Verfassungsausschuß und im Sejm beraten und ausführlich besprochen worden. Damals hat man nicht einmal davon gesprochen, daß in die Verfassung eine Bestimmung hineinommen könnte, die die Bürgerrechte der nationalen Minderheiten beschränkt, etwa indem sie ihnen das Recht nahm, bei der Präsidentenwahl mitzustimmen. Jetzt mit einem Mal sollte es eine Schande für Polen sein, wenn die Minderheiten für einen Polen stimmen, zu dessen Gerechtigkeitsgefühl sie Vertrauen hatten.

Unter dem Einfluß der Rechten fügte der Mörder Niewiadomski durch seine Tat Polen die größte Schande zu, die ihm jemals im Laufe der Geschichte zugefügt wurde. "Unsere ganze Geschichte bezeugt, daß der politische Mord niemals eine Waffe war, zu der das polnische Volk seine Zuflucht nahm, selbst nicht in den schwersten Zeiten seiner Knechtshaft. Heute, wo wir durch ein Wunder und eine riesige Anstrengung die Unabhängigkeit des Vaterlandes wieder gewonnen haben, ist die Entscheidung politischer Angelegenheiten durch Blut und Verbrechen für das nationale Bewußtsein um hundertmal tragischer." So schreibt eins der wenigen anständigen rechtsstehenden Blätter, der "Kurjer Warszawski". Der Schrecken des polnischwestenfalls der im Jahre 1920 bis an die Tore der Hauptstadt gelangte verblaßt gegenüber diesem politischen Mord, als dessen Opfer der erste Präsident der Republik fiel, gegenüber den brudermörderischen Kämpfen und den Anschlägen auf die Rechtsordnung und die Majestät der Republik". So urteilt

General Sikorski, der neue Ministerpräsident, in seinem Aufruf an die Polen.

Menschlich verständlich und entschuldbar ist es, wenn ein Tyrann, ein Unterdrücker des Volkes, gewaltsam hinweigeräumt wird. Ein Geßler hatte die Schweizer unmenschlich beleidigt und niedergetreten, daß die Nachkommen müßte und jeder mit Schiller zusammen Tell von jeder Schulde sprechen wird. Bei Großquisitor Konrad von Marburg, der mit allen Schrecken eines heimlichen und niemand verantwortlichen Gerichtes kam, wurde von den Deutschen, die dies nicht ertrugen, aus dem Wege geräumt. Was aber hatte Narutowicz der Rechten getan? Was hatte die Rechte für einen Druck zu erdulden? Welche Maßnahmen der Linkspolitiken kann irgend eine Entschuldigung bieten für dieses brutale Niederholen des Staatsoberhauptes? Er war ein Pole, ein anständiger, makelloser Charakter, er hatte seit zwei Jahren ein Ministeramt inne, er diente seinem Lande und Volke treu, er hatte sich nicht zur höchsten Würde gedrängt, er hatte aber den Mut, trotz der habschämenden Drohungen der Rechten, sie anzunehmen, da sie ihm von der Nationalversammlung angeboten wurde.

Aber Narutowicz ist mit den Stimmen der Juden gewählt, sagt die RechtsPresse. Er ist selbst ein Jude, vergröbert der von der Hyäne betroffene Pöbel. Der Jude haßt ist heute geradezu zu einer Wahlnidee des polnischen Volkes geworden, soweit es unter dem Einfluß der RechtsPresse steht. Man mag die Juden und ihr Einfluß bekämpfen, warum nicht? Man mag gegen sie schreiben und sprechen. Man mag alle legalen Waffen, die die Staatsverfassung und das Gesetz erlaubt, gegen sie in Anspruch nehmen. Dazu kann man noch mit geistigen Waffen zu Felde ziehen und gewisse Eigentümlichkeiten der jüdischen Gesellschaftsveranlagung, die sie mitunter in einem Gegenzug gegen arisches Empfinden bringen können, bloßstellen. Wenn man aber zum brutalen Terror greift und aus Antisemitismus das Staatsoberhaupt, nicht etwa einen Juden, sondern nur einen auch mit von Juden gewählten Mann, niederschlägt, dann zeugt diese Wahlnidee von äußerst geringem Vertrauen zu der inneren Berechtigung und Halbarkeit des eigenen Standpunktes. Und dabei wird noch das Hauptblatt der ultra-nationalistischen Presse die "Rzeczpospolita", von einem Herrn Stroński geleitet, der selbst ein Jude von Geburt, als typischer Renegat seine eigenen Stammesgenossen anfeindet und zu Pogromen aufreizt.

Mit Fatschen stehen wir vor der schon in der Pilzusammenfassung der letzten Monate sich zeigenden Verrohung und Verbildung des politischen Lebens, die jetzt in der Ermordung des neuen Staatspräsidenten ihre abscheuliche Cäcilie fand. Wenn das öffentliche Leben Deutschlands in den letzten Jahren durch verdammenswerte politische Morde besudelt wurde, so geschah das in einem niederschreckenden und maßlos gequälten Lande, während Polen, ein neugegründeter und — man sollte denken — hoffnungsvoller Staat ist, der von einem außerpoltischen Erfolg zum anderen geschritten ist (Wilna, Danzig, Oberschlesien, Ostgalizien). —

Was wird die Folge für Polen sein? Die äußerste Schande, der Abfall aller demokratisch gesinnten Elemente in Europa, die Bestätigung jener schneidenden Verurteilung, die Lloyd George einst ausprach, eine Abfuhrung der Stimmung in Frankreich und Italien.

Die Hyäne will das Beispiel der Faschisten nachahmen. Sie hat aber kein Recht, ihr plumpes und wildes Vorgehen mit dem Mussolinis zu vergleichen. Die Faschisten haben keinem Minister, gleichwie dem Staatsoberhaupt ein Haar gekrummt. Die Faschisten haben, ehe sie die Herrschaft übernahmen, die überwältigende Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite gebracht, vor allem fast  $\frac{1}{2}$  der Arbeiterschaft gewonnen.

So fand Mussolinis Staatsstreich so gut wie keinen Widerstand, auch verschmähte der Diktator nicht die — wenigen — Bestätigung durch das Parlament, dessen Formen er durchaus achtete. Nicht die geringste Ahnslichkeit damit hat das Verhalten der Hyäne, die die polnische Mehrheit und dazu noch die nationalen Minderheiten mit Terror einschüchtern und vergewaltigen will. Heftige innere Unruhen können die Folge sein. Die demokratisch gesinnte Bauernschaft der Wyzwoleniegruppe hat damit gedroht, daß sie im Novembertag der polnischen Hauptstadt die Lebensmittel verweigern und wohl gar in großen Scharen zur Besetzung Warschaus heranreisen werde, und die Befürchtung, daß die sozialistische Arbeiterschaft durch Niewiadomski Tat zu radikaler Selbsthilfe getrieben werden könnte, liegt nur allzu nahe.

Ein weiterer furchtbare Sturz der polnischen Mark wird die Folge sein. Ist der Hyäne nicht bekannt, wie katastrophal die deutsche Mark nach Rathenows Ermordung fiel? Und zweifelt sie daran, daß die Ermordung Narutowiczs anders wirken wird?

Hoffentlich wird durch die abscheuliche Bluttat die polnische Linke aus der schwankenden Energiefreiheit au gerüttelt, die sie nach den Sejmwahlen trotz ihrer zahlungsmaßigen Überlegenheit an den Tag legte. Energische Maßnahmen müssen getroffen werden zum Schutz der Verfassung und der Ordnung. Vom General Sikorski, dem neuen Premier, ist in dieser Hinsicht alles Gute zu erwarten. Die Rechte aber hat entweder sich selbst oder Polen mit der Ermordung des Präsidenten Narutowicz einen tödlichen Stoß versetzt. Denn entweder bewirkt die Schmach der Mordtat eine Zurückdrängung der Rechten von der Regierung für längere Zeit, oder die Linke läßt sich einschüchtern und kapituliert vor dem Revolver Niewiadomskis. Ein nationalistisch regiertes Polen aber ist zum Verfall und Untergang verurteilt. Denn Polen wird demokratisch sein — oder es wird nicht sein.

### Wo soll die Nationalversammlung stattfinden?

In der am Sonnabend nochmittag vom Sejmarschall einberufenen Sitzung des Altestenratschusses des Sejm bezweifelte Abg. Barlicki (Soz.), ob in Warschau genügende Garantien für die Sicherheit der zur Nationalversammlung eintreffenden

Abgeordneten und Senatoren bestehen werden. Er schlägt vor, eine andere Stadt zu wählen.

Abg. Thugutt (Wählerverein) schlägt als Versammlungsort Krakau vor.

Abg. Gąbiński fordert Einberufung auf Mittwoch und bleibt bei Warschau.

Marschall Rataj erklärt, daß er, da das Kabinett Nowak vom Präsidenten Narutowicz bereits seine Entlassung erhalten habe, als Stellvertreter des Präsidenten eine Regierung bilden werde, die sichere Garantien für vollkommene Sicherheit geben werde.

Abg. St. Dąbrowski (Christlich-National) verteidigt Warschau, indem er die patriotische Stimmung seiner Bevölkerung hervorhebt. Für unzurechnungsfähige Handlungen einzelner könne nicht die ganze Stadt die Verantwortung übernehmen, besonders aber unter keinen Umständen das nationale Lager.

Abg. Witos (Volkspartei) hat gegen den Zeitpunkt nichts einzubringen, bezweifelt aber, ob die Lage in Warschau wird ausreichend befriedigt werden können.

Abg. Chodakowski (Nat. Arbeiterpartei) bemerkt, daß auch andere Städte ebenso wie Warschau bedroht seien, und erklärt sich deshalb für Warschau.

Marschall Rataj fasst die Ausführungen zusammen und spricht mit der Gräfinna, daß die Nationalversammlung auf Mittwoch, den 20. Dezember, nach Warschau einberufen wird.

### Was die Presse sagt.

Von den bisher vorliegenden Äußerungen der Presse über die Ermordung des Präsidenten der Republik seien folgende angeführt:

"Gazeta Warszawska": Der an dem Präsidenten der Republik verübte Mord hat das ganze polnische Volk ohne Unterschied der politischen Anschaulungen bis ins tiefste Innere erschüttert, — sowohl im Hinblick auf das Opfer, als welches der ermordete fiel, als auch wegen der Atmosphäre, die das Verbrechen hervorrief.

"Rzeczpospolita": Angeklagt des furchtbaren Verbrechens, das ein unzurechnungsfähiger Fanatiker an dem obersten Vertreter des Staates verübt, hat Entsehen und Entkrückung des ganzen polnischen Volks ergriffen. Die Tat des Mörders ist eine Schande für Polen, sie hat das ganze Land in Trauer versetzt und wird von allen Schichten des Volkes mit der gleichen Stärke verdammt.

"Kurier Warszawski": Eine Tat ist verübt worden, die den polnischen Namen mit Unehr bekleidet. Die ganze Geschichte Polens lehrt, daß der politische Mord selbst in den schwersten Zeiten der Sklaverei niemals die Waffe des polnischen Volkes gewesen ist. Jetzt, da wir durch ein Wunder und durch unzweckbare Anstrengungen die Unabhängigkeit des Vaterlandes errungen haben, bedient der Versuch, politische Fragen mit Blut und Verbrechen zu lösen, eine hundertmal größere Tragik.

"Kurier Warszawski": Erinnert in dem Leitartikel seiner Sonntagsnummer an die Warschauer Vorgänge vom vorigen Montag, an die Meden Hollers und Sadczewicxs, an die Versammlungen des Nationalen Volksverbündes, an den Aufruf des christlich-nationalen Bloß und an die von der Rechten mit Gesetz aufgekommene Warnung des Abgeordneten Dąbrowski, der am Donnerstag von der Parlamentssitzung herab den Nationaldemokraten auffiel: "Wer Wind sät, wird Sturm ernten." Das Blatt schreibt weiter: "Der Mörder des Staatspräsidenten war ehemals Mitglied der Nationaldemokratie und zeichnete sich durch außerordentlichen Chauvinismus und Nationalismus aus. Wir wollen es also annehmen, daß seine Tat von niemand inspiriert war. Die Einzelheiten seiner Tat und ihren rätselhaften und traumhaften Hintergrund wird die Untersuchung beleuchten. Aber wir wissen jetzt schon, in welcher Atmosphäre der Täter lebte. Er genoß keine Erziehung im Kreise derer, für die der Patriotismus und das nationale Demutsein in den Meeren der Nationaldemokratie beginnt und endet, die in allen außerhalb dieser Meeren Stehenden einen Abschaum und Auswurf der Bevölkerung, einen moralischen Pöbel sehen, die einen staatsverherrlichten Sinn nur bei denen für möglich halten, die zu ihnen gehören, die jedes Werk außerhalb ihrer Meeren von vornherein als eine dem Staate schädliche Tätigkeit „ehrenreicher Krieger“ verurteilen, für die der Patriotismus und das nationale Demutsein in den Meeren der Nationaldemokratie beginnt und endet, die in allen außerhalb dieser Meeren Stehenden einen Abschaum und Auswurf der Bevölkerung, einen moralischen Pöbel sehen, die einen staatsverherrlichten Sinn nur bei denen für möglich halten, die zu ihnen gehören, die jedes Werk außerhalb ihrer Meeren von vornherein als eine dem Staate schädliche Tätigkeit „ehrenreicher Krieger“ verurteilen.

Das Blatt schreibt dann die Tätigkeit der Nationaldemokratie während der vier Jahre des Bestehens der neuen Republik Polen und schließt seinen Aufsatz mit den Worten: "Und hier steht der Präsident des Staatspräsidenten war ehemals Mitglied der Nationaldemokratie und zeichnete sich durch außerordentlichen Chauvinismus und Nationalismus aus. Wir wollen es also annehmen, daß seine Tat von niemand inspiriert war. Die Einzelheiten seiner Tat und ihren rätselhaften und traumhaften Hintergrund wird die Untersuchung beleuchten. Aber wir wissen jetzt schon, in welcher Atmosphäre der Täter lebte. Er genoß keine Erziehung im Kreise derer, für die der Patriotismus und das nationale Demutsein in den Meeren der Nationaldemokratie beginnt und endet, die in allen außerhalb dieser Meeren Stehenden einen Abschaum und Auswurf der Bevölkerung, einen moralischen Pöbel sehen, die einen staatsverherrlichten Sinn nur bei denen für möglich halten, die zu ihnen gehören, die jedes Werk außerhalb ihrer Meeren von vornherein als eine dem Staate schädliche Tätigkeit „ehrenreicher Krieger“ verurteilen, für die der Patriotismus und das nationale Demutsein in den Meeren der Nationaldemokratie beginnt und endet, die in allen außerhalb dieser Meeren Stehenden einen Abschaum und Auswurf der Bevölkerung, einen moralischen Pöbel sehen, die einen staatsverherrlichten Sinn nur bei denen für möglich halten, die zu ihnen gehören, die jedes Werk außerhalb ihrer Meeren von vornherein als eine dem Staate schädliche Tätigkeit „ehrenreicher Krieger“ verurteilen. Der Mörder des Staatspräsidenten war ehemals Mitglied der Nationaldemokratie und zeichnete sich durch außerordentlichen Chauvinismus und Nationalismus aus. Wir wollen es also annehmen, daß seine Tat von niemand inspiriert war. Die Einzelheiten seiner Tat und ihren rätselhaften und traumhaften Hintergrund wird die Untersuchung beleuchten. Aber wir wissen jetzt schon, in welcher Atmosphäre der Täter lebte. Er genoß keine Erziehung im Kreise derer, für die der Patriotismus und das nationale Demutsein in den Meeren der Nationaldemokratie beginnt und endet, die in allen außerhalb dieser Meeren Stehenden einen Abschaum und Auswurf der Bevölkerung, einen moralischen Pöbel sehen, die einen staatsverherrlichten Sinn nur bei denen für möglich halten, die zu ihnen gehören, die jedes Werk außerhalb ihrer Meeren von vornherein als eine dem Staate schädliche Tätigkeit „ehrenreicher Krieger“ verurteilen.

"Dziennik Poznański": Die Gründe der Ermordung des Präsidenten der Republik wird die gesamte Bevölkerung tief erschüttern. Im ersten Augenblick ist es natürlich schwer, die ganze Tragweite der Tat zu ermessen, die zweifellos das Ende eines Abschnitts des tragischen Kampfes um den nationalen Sieg, vielleicht aber zugleich der Ausgangspunkt für unerhörte bedrohliche Vorgänge sein wird. Für polnisch denkende Leute war es klar, daß der ermordete Präsident die ihm angebotene Präsidentschaft unter keinen Umständen annehmen durfte: die Stimme des Warschauers, die elementare Rundgebung, die Presse und einzelne waren ihm. Trotzdem muß natürlich eine solche Lösung des überaus wichtigen Problems unbedingt verurteilt werden. Bis jetzt ist etwas derartiges in Polen nicht vorgekommen. Immer versuchte das Volk, auf gesunden und rechten Wege die Lösung sogar der scheinbar unlösbar Probleme zu finden. Es muß sich also etwas in der Volfsseele stark verändert haben, diese Seele muß eine schwere Prüfung durchgemacht haben, wenn eine solche Tat möglich wurde. Schuld ist hier zweifellos die Atmosphäre der Erbitterung des jetzt alltäglichen Kampfes um das Dasein des Staates, des Landes, des Volkes. Schuld an dieser Atmosphäre ist die Rzeczpospolita. So viele Kabinette das seit fast vier Jahren freie Polen hatte, so viele Sitzungen des verfassunggebenden Sejm, so viele für den Staat wichtige Handlungen, Bestrebungen, Unternehmungen, — überall wiederholten sich unaufhörlich Angriff und Abwehr. Den Angriff übten im Namen der Klasseninteressen die einen aus, die Abwehr im Namen des heiligen Wohles des Vaterlandes die anderen. Da kam ein Augenblick, der das nächste neue Wiedergeburt vertrieb: das Volk wollte ein neues Leben beginnen, den Kampf einzustellen und einträchtig den Staat auf den Weg redlicher, schöpferischer, aufbauender Arbeit führen. Und in diesem selben Augenblick trat das Gespenst des verhassten Kremdentums in Erscheinung, das in Polen regieren wollte. Das Volk begriff, daß die beschmerliche aber ruhige Arbeit von neuem begonnen werden müßte. Das Leben kam schnell in seine normale

Bahn. Wir wiederholen noch einmal, daß alle Versuche verurteilt werden müssen, die darauf ausgehen, mit Gewalt die Probleme zu lösen, die nur durch gebündigte Zusammenarbeit auf die Dauer und mit Nutzen für die Zukunft gelöst werden können. (Zu dieser in mehr als einer Hinsicht bedenklichen Auffassung sagt der „Praggl und Porannh“: „Es fällt einem schwer, zu glauben, daß ein polnisches Blatt, das sich seines nationalen Charakters röhrt, derartige ungeheuerlichen Sachen schreibt. Die Ermordung des Oberhauptes des Staates ist also für den „Dziennik Poznań“ das Ende eines Abschnittes des Kampfes um den nationalen Sieg, — die abschauliche Tat, der nichts Ähnliches in der tausendjährigen Geschichte des polnischen Volkes an die Seite zu stellen ist, soll also, — nach der Auffassung des „Dziennik Poznań“, zum „nationalen Sieg“ beitragen! Im Namen welches Volkes spricht der „Dziennik“? Um welchen Sieg handelt es sich? Erwa um den Triumph der Idee des Mordes und der Anarchie?“)

## Polens Politik auf der Moskauer Abrüstungskonferenz.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Fürst Radzivill, hat in einer Unterredung erklärt, daß der Verlauf der Moskauer Abrüstungskonferenz das von der russischen Regierung gefestigte Ziel klar gelegt habe. Es sei ihr darum zu tun, gemeinsame Kontrolle über die Stärke der Armeen der Russland benachbarten Staaten und ihre Finanzen zu übernehmen, d. h. also über die Polenstaaten und Polen. Natürlich ist eine solche Einmischung eines fremden Staates in die inneren Verhältnisse des anderen vollkommen unzulässig. Beüglich der Polenstaaten bildet sie eine drohende Gefahr für ihre Unabhängigkeit. Ferner sprach sich Fürst Radzivill ablehnend aus über den Vorschlag eines höheren Beamten des russischen Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten, der doch ginge. Deutschland zu den Staaten hinzuwählen, die gemeinsam mit Russland den Vertrag über den Schiedsspruch und die allmäßliche Abrüstung unterschrieben sollten. Das polnische Heer und die polnischen Finanzen sollten nach der Unterstellung des Fürsten Radzivill unter die Kontrolle Russlands und Deutschlands getrachtet werden. Zur Bekämpfung der Konferenz habe die Ablehnung des Vorschlags Polens und der polnischen Staaten geführt, deren Delegationen weitgehende Befreiungen machten, um eine lokale Verständigung zu ermöglichen. — Die Haltung des Fürsten Radzivill erscheint sehr vorurteilsvoll. Wie leider häufig bei den Politiken der polnischen Rechten fehlt ein weiterer Blick. Chauvinismus und Angstlichkeit verhindern jede vorausschauende Politik. Weder mit Polen zwischen den beiden Großmächten Russland und Deutschland eine Schranke bilden? Warum sträubt es sich gegen jede engere Verbindung durch Verträge? Ein auf Abrüstung begründetes näheres Zusammenschließen mit den Nachbarn wäre für die polnische Außenpolitik sicherlich das Beste. Dass beide Staaten nur friedliche Absichten gegen Polen haben, darf als sicher gelten.

### Eine Note Narutowiczs an den Völkerbund.

Der eine Woche nach seiner Wahl ermordete Staatspräsident Narutowicz hat noch in der Eigenschaft als Außenminister am 7. Dezember an den Vorsitzenden des Völkerbundes seine lehrende Note gerichtet. In dieser Note teilt er die Haltung der polnischen Regierung gegenüber dem Gutachten des Juristenausschusses des Völkerbundes hinsichtlich der Innehaltung der Vorschriften des Minderheitenvertrages mit, die die polnischen Bürger deutscher Abstammung betreffen.

Die Note stellt fest, daß die bisherigen Schritte des Völkerbundes, die in einigen Berichten und Entschließungen in der Frage der Deutschen in Polen zum Ausdruck kamen, ausschließlich informatorischen Charakter gehabt hätten. Der Völkerbund hat demgemäß das Gutachten der Juristen, das ihm am 30. September vorgelegt wurde, zur Kenntnis genommen, ihm aber nicht den Charakter eines Beschlusses verliehen, um auf diese Weise einem Widerstand gegen die lokalen Maßnahmen der polnischen Regierung zu entgehen. Dieses Verhalten des Völkerbundes eben, sowie der Inhalt des Rapports seines Vorsitzenden, der Polen an die Hand gab, sich an das Gutachten der Juristen zu halten, bewogen die Regierung dazu, die von den Juristen aufgestellten Thesen des näheren zu erwägen, obwohl sie weder die Minderheitenfrage im Sinne des Vertrages vom 18. Juni 1919 betreffen, noch auf Grund des Art. 12 dieses Vertrages berüht werden.

Der Minister erklärt dann: „Die polnische Regierung hält entsprechend der Erklärung Askanzabs ihre bisherige Haltung aufrecht; insbesondere aber bemüht die Regierung, daß keine der alliierten Mächte durch den Versailler Vertrag dazu verpflichtet werden sei, die von den deutschen oder preußischen Regierungen nicht durchführten Kontrakte und Verträge betrifft des abgetrennten Gebiets anzunehmen. Das ist um so natürlicher, als es sich um Verträge handelt, die die unmittelbare Folge der Exterminationspolitik der preußischen Regierung sind. Die polnische Regierung könnte unter keinen Umständen Schritte tun, die eine Fortsetzung der antipolnischen Politik bedeuten würden. Sie kann auch den zu antipolnischen Zwecken auf Grundstücken, die Eigentum des Staates sind, Ansiedlungen nicht den Eigentumsanspruch geben. Wenn man sich in diesem Falle auf die Vereinigungsfrühschützen beruft, dann kann das nur auf einem Missverständnis beruhen. Die Rechtsachverständigen haben in ihrem Gutachten keines der vom Delegierten Polens vorgetragenen Rechtsargumente angezweifelt. Die abweichende Haltung der Rechtsachverständigen scheint sich aus einer kritischen Beurteilung der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu ergeben. Die polnische Regierung beabsichtigt aber nicht, diesen Weg zu betreten.“

Beüglich der Zuverlässigkeit des polnischen Bürgerrechts an Deutsche, die in Polen geboren sind, stellt die Note fest, daß eine Änderung in der Interpretierung des betreffenden Artikels des Vertrages zwischen Polen und den Großmächten erst dann möglich sein wird, wenn die Deutschen aufhören, eine Tendenz in der Richtung des Missbrauchs der Bestimmungen des Vertrages zu politischen Zwecken zu verfolgen. Übrigens sind die Artikel, die die Erlangung des polnischen Bürgerrechts betreffen, überhaupt nicht dem Schutz des Völkerbundes unterstellt worden.

## Amerikas bevorstehendes Eingreifen.

### Washington und die internationale Anleihe.

London, 17. Dezember. Reuter meldet aus Washington: Die Frage der europäischen Reparationen wurde vom Präsidenten Harding und dem Kabinett in einer mehr als zweistündigen Sitzung erörtert. Alle Fragen, die zur Befreiung kamen, betraten den Bereich nach einem Vorschlag, über eine internationale Anleihe an Deutschland, das sich nach amtlichen Mitteilungen an die amerikanische Regierung umstielbar vor dem Zusammenbruch befindet. Es wurde indessen mitgeteilt, daß der Anleiheplan noch keine konkrete Gestalt geworden sei und daß keine endgültige Entscheidung bezüglich der Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten erreicht worden ist.

Es sei ferner angegeben worden, daß die amerikanische Regierung der Ansicht sei, daß sie keine Gelassenheit für einen „hilfreichen Einfluß“ außer acht lassen würde, vorangegangen, daß ein Weg gefunden werden könne, der keine Abweichung von der wohlvergessenen nationalen Politik bedeute.

London, 17. Dezember. Der Finanzberichterstatter der „Times“ in New York meldet zu dem Washingtoner Bericht, daß die amerikanische Regierung sich bereit mache eine internationale Anleihe an Deutschland im Betrage von 1½ Milliarden zu befürworten, habe einen hervorragender Bankier erklärt, es sei höchst unwahrscheinlich, daß eine solche Anleihe ausgegeben werden könne. Keine Anleihe dieser Art sei in den Vereinigten Staaten unterzuladen ohne eine vollständige Änderung in der Frage der Reparationen und interalliierten Schulden. Die Schulden zwischen den Regierungen müßten zuerst geregelt werden, danach die Reparationen und die deutsche Währung, dann erst werde es Zeit sein, über eine Anleihe zu sprechen.

Senator Hitchcock gegen Frankreich.

Senator Hitchcock erklärt Frankreich jetzt durch den Friedensvertrag den Verlust des Krieges gegen Deutschland und Clemenceaus Absturz in Paris. Die französischen Reparationsforderungen übersteigen jetzt Deutschlands Kräfte und untergründen den deutschen Kredit. Die Franzosen machen die Belebung des Rheinlandes unerträglich durch das Auftreten ihrer farbigen Truppen und jedes erdenkliche andere Mittel, die deutsche Bevölkerung zu demütigen und herabzuwerfen. Lord George habe das wahre Ziel der gegenwärtigen französischen Politik angedeutet.

Hitchcock war Wilsons erster Vorsitzer zu Gunsten der Ratifikation des Versailler Vertrages. Er hat also durch die Ereignisse belehrt, eine ganz erstaunliche Wandlung durchgemacht.

### Vor einer Weltwirtschaftskonferenz in Washington

Es wäre verfrüht, wenn man schon von einer festen Form sprechen möchte, die das amerikanische Anleiheangebot etwa bereits angenommen hätte. Dazu ist auch der gesamte Kriegskomplex viel zu groß und ungedeckt. Nicht unwahrscheinlich ist aber die Meldung, daß Amerika nach Washington schon bald eine große weltwirtschaftliche Konferenz einzuberufen will, um auf dieser die europäische Krise zu lösen. Überstreichend wird bestoßen, daß entscheidende Schritte Amerikas kaum vor zwei bis drei Wochen, jedenfalls nicht vor dem 2. Januar zu erwarten seien.

Der neue amerikanische Plan, nunmehr endlich einzutreten, um Europa vor dem wirtschaftlichen Chaos zu bewahren, bildet das Hauptthema der Pariser amerikanischen Blätter. Der „New York Herald“ schreibt zu den Plänen folgendes: Die Währungsverhältnisse Deutschlands und Österreichs sind ruinös. Deutschland kann sich nicht von seinen Lasten befreien. Verslavon wird es sich nicht lassen. Die allgemeine Haltung der Alliierten, ihre Zahlungsforderungen haben nichts gemein mit dem ritterlichen Geist Amerikas.

Amerika, so schickt das Blatt, habe erst durch sein Eingreifen während des Krieges die Entscheidung herbeigeführt, und nur Amerika könne auch heute nur ein normales Europa wieder schaffen. Die Teilnahme Amerikas zur Wiederherstellung des Weltfriedens verleihe dieser Aktion einen gebietsspezifischen Charakter.

Es ist begreiflich, daß die Pariser Presse sich eine gewisse Rückhaltung auferlegt, weil diese neuen Projekte Hardings die gesamten imperialistischen Pläne Frankreichs völlig über den Haufen werfen. Die in Paris nur schwer zurückgedehnte Besorgnis, daß durch dieses Eingreifen Amerikas die wichtigsten internationalen Fragen, wie z. B. der interalliierten Schulden, der Reparationen, der Rüstungseinrichtungen vielleicht in einem von Frankreich nicht gewollten Sinne gelöst werden könnten, gibt vielleicht doch stark zu denken.

Außerdem Londoner Botschafter wird auch der Brüsseler Botschafter noch vor Jahresende in Washington erwartet.

Die Anleihe soll von den Alliierten und von den Vereinigten Staaten auf der Goldbasis garantiert werden. Als Sicherheit wird das gesamte Vermögen des Deutschen Reichs angenommen, auf das bekanntlich bis jetzt noch die Reparationskommission Anspruch erhebt. Grundbedingung, daß nicht aus allen amerikanischen Meldungen hervor, bleibt für immer die erhebliche Herabsetzung der Reparationssumme.

### Der deutsche Botschafter im Staatsdepartement.

Die Tatsache, daß der deutsche Botschafter am Vormittag unmittelbar vor der offiziellen Freitagsöffnung des Kabinetts im Staatsdepartement vorbrach, wird dahin ausgelegt, daß der Präsident und die amtlichen Persönlichkeiten vielleicht alle verfügbaren Informationen über die Lage in Deutschland im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem zu erhalten wünschen.

### Amerikas Unzufriedenheit mit Frankreich.

Zu der durch die letzten Meldungen aus Amerika stark in den Vordergrund gerückten Frage des amerikanischen Eingreifens in die europäische Angelegenheit, die in der Presse erörtert wird, schreibt der Washingtoner Berichterstatter der „Times“: Es wurde inkognito eingetreten, so sei sie zu finden in den schärfsten Unzufriedenheit mit der französischen Politik, die jetzt zweifellos in Amerika besteht, und einer in Wachsen begriffenen Neigung, in der französischen Unversöhnlichkeit die Hauptursache für die augenblickliche Verirrung zu sehen. Dieses Gefühl sei besonders stark in amtlichen amerikanischen Kreisen. Die Möglichkeit, daß innere Unruhen zu einem völligen Zusammenbruch Deutschlands führen könnten, sei eine Hauptquelle der Besorgnis in den Vereinigten Staaten. Die Aufrechterhaltung einer demokratischen Regierungssform in Deutschland werde in Amerika als eine der Bedingungen angesehen, die für eine Wiederherstellung der europäischen Stabilität notwendig seien.

### Für 70 Millionen Dollar Lebensmittel für Deutschland und Österreich.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Mitglied des Kongresses Newton eine Entschließung eingebracht, nach der eine Summe von 70 Millionen Dollar dazu verwendet werden soll, der Unterernährung in Deutschland und Österreich abzuhelfen. Für diesen Betrag sollen in den Vereinigten Staaten Lebensmittel eingekauft werden, die vom amerikanischen Roten Kreuz mit Hilfe der Organisationen des deutschen und des österreichischen Roten Kreuzes verteilt werden sollen.

Newton wies darauf hin, daß der Friedensvertrag von Deutschland die Hergabe von Milchfären und anderen für die Ernährung wichtigen Dingen forderte und daß eine große Menge Kohlen von Frankreich und Belgien weggenommen wurde, und sagte sodann: „Wir sind eine christliche Nation. Während Deutschland und Österreich im Kriege unsere Feinde waren, sind sie jetzt unsere besiegtene Gegner. Ich bin dessen sicher, daß Amerika nicht zusehen will, wie hilflose Frauen und Kinder durch Kälte und Hunger zugrunde gehen. Das Volk, das jetzt in Deutschland und Österreich leidet, ist nicht das Volk, das den Krieg begonnen hat, und hat keine Kontrolle über die Führung des Krieges besessen.“ Newton erinnerte an die Worte Wilsons, daß die Vereinigten Staaten mit dem deutschen Volke keinen Streit hätten und daß die Regierung der Vereinigten Staaten während des Krieges nicht ausgeholt habe, das deutsche Volk ihrer Sympathie zu verschenken und den Militarismus der Hohenzollern anzulallen und schloß: „Das deutsche Volk hat den Kaiser vertrieben und eine Republik geschaffen, die der unseren ähnlich ist. Sicherlich sollten wir dieses Volk jetzt nicht im Elend lassen.“

London, 17. Dezember. Der Finanzberichterstatter der „Times“ in New York meldet zu dem Washingtoner Bericht, daß die amerikanische Regierung sich bereit mache eine internationale Anleihe an Deutschland im Betrage von 1½ Milliarden zu befürworten, habe einen hervorragender Bankier erklärt, es sei höchst unwahrscheinlich, daß eine solche Anleihe ausgegeben werden könne. Keine Anleihe dieser Art sei in den Vereinigten Staaten unterzuladen ohne eine vollständige Änderung in der Frage der Reparationen und interalliierten Schulden. Die Schulden zwischen den Regierungen müßten zuerst geregelt werden, danach die Reparationen und die deutsche Währung, dann erst werde es Zeit sein, über eine Anleihe zu sprechen.

## Noch einmal ein Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 17. Dezember. Die Kammer hat um 1½ Uhr nachts die Diskussion der Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung beendet und dem Ministerium Poincaré das Vertrauen mit 512 gegen 76 Stimmen ausgesprochen.

### Französische Erklärungen zu Bonar Law's Note.

Der „Petit Parisien“ kommt zu dem Schluss, daß Bonar Law seinen guten Willen deutlich ausgedrückt habe, Frankreich zu gut wie nur möglich zu unterstützen, aber er verkenne nicht die Schwierigkeiten, die auf innerpolitischem Gebiete liegen. Das „Petit Journal“ will besonders zwischen den Zeilen der Rede Bonar Law's lesen, daß die Franzosen kein volles Recht zugestehen, allein zu handeln, aber gleichzeitig zu beben geben, daß ein solches Vorhaben die Existenz der konservativen Regierung Englands stark gefährde. Lloyd George sei immer noch ein nicht unterzährender Gegner, und er, Bonar Law, könne eine gewisse Grenze nicht überschreiten, wenn er nicht vor neue grosse Schwierigkeiten gestellt werden sollte. Das Blatt meint daher, daß die Politik der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit England gegenwärtige Konzessionen voraussetze. Die „Gr. Nouvelle“ ist besonders darüber entrüstet, daß die Rede auf die Balfour-Note zurückgreife, und lautet daß die Ausführungen Bonar Law's eine starke Rückwendung auf die heutige Kammerdebatte hoffen werden.

„Ouvre“ sagt, die britische Regierung werde auf einen Teil ihrer Forderungen gegenüber Deutschland und den Alliierten nur verzichten, wenn eine allgemeine Verständigung dadurch ermöglicht werde. Die britische Regierung werde sich keiner Aktion Frankreichs im Ruhegebiet widersetzen, aber sie werde sich auch weigern, sich ihr anzuschließen, und sie sei der Ansicht, daß eine solche Aktion eine allgemeine Regelung unmöglich mache. Diese Warnung habe viel mehr Bedeutung, weil sie herzlich und zurückhaltend Frankreich gegenüber gegeben worden sei.

### Begnadigung der gegen deutschen Kriegsgefangenen in Toulon.

Paris, 17. Dezember. Samtliche in Toulon noch zurückbleibenden deutschen Kriegsgefangenen sind begnadigt worden. Sie werden noch vor Weihnachten nach Deutschland zurückbefördert werden.

## Deutsches Reich.

\* Der Hunger in Braunschweig. Infolge der Weigerung der braunschweigischen Landesregierung, die Zuschüsse an die Kirchen der Geldentwertung entsprechend zu erhöhen, beziehen die evangelischen Geistlichen in Braunschweig heute ein durchschnittliches Monatsinkommen von 5700 Mark, ein knappes Fünftel der Beamtengehalter von Gehaltsgruppe I. Zahlreiche Pfarrfamilien, besonders Pfarrwitwen, hungern und frieren.

\*\* Die deutsche Auswanderung im November. Über den Hamburger Hafen sind im Monat November 8548 Personen ausgewandert, darunter 3859 deutsche Staatsangehörige. Im November des Vorjahrs waren die entsprechenden Zahlen 3422 und 2358.

\*\* Stünnes verlegt einen Teil seiner Produktion nach Ungarn. Hugo Stünnes trifft in den nächsten Tagen in Budapest ein, um mit der britisch-ungarischen Bank wegen der Lipat-Maschinenfabrik A.-G. und anderer neuer ungarischer Geschäftsbereiche zu verhandeln. Zwischen der Lipat-A.-G. und der Deutzer Motorenfabrik in Köln ist eine Interessengemeinschaft aufgestanden, wonach dieses Unternehmen, die größte Spezialmotorenfabrik Deutschlands, die Fabrikation von Stahl- und Gasmotoren großer Typen nach Ungarn verlegt und das ausschließliche Recht der Erzeugung der Lipat-A.-G. zugesichert.

### Aus aller Welt.

Der neue Schweizer Bundespräsident. Zum Schweizerischen Bundespräsidenten für das Jahr 1928 wurde Bundesrat Scheurer, der Leiter des Militärdepartements, und zum Vizepräsidenten Bundesrat Thuard gewählt. Die Amtszeit des gesamten Bundesrats wurde von der Bundesversammlung auf weitere drei Jahre verlängert. Karl Scheurer wurde im Jahre 1872 in Unterententhal als Sohn eines Notars geboren. Er studierte in Berlin und Bern die Rechte.

Die serbisch-griechische Verständigung. Wie dem Ministerpräsidium anstehende „Tribuna“ erfährt, wird das 1918 zwischen Serbien und Griechenland abgeschlossene Bündnis auf neuer Grundlage verlängert werden. Die Verhandlungen werden in Belgrad geschehen, wo zwischen den Außenministern der kleinen Entente und dem griechischen Außenminister eine Zusammenkunft stattfinden wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß den Besprechungen Benizelos beiwohnen wird.

Spanische Seerüstung. Der König hat durch Dekret eine Ausgabe von 79 Millionen Pesetas für den Bau von sechs U-Booten von je 800 Tonnen genehmigt.

## Der beste Weg zum Erfolg für den Kaufmann ist Zeitungsreklame!

### Ohne Reklame ist kein Geschäftserfolg denkbar!

Die Reklame ist für jeden Geschäftsinhaber von grösster Bedeutung: Die Reklame schafft Leben und bringt Gewinn: Jeder Kaufmann schädigt sich und sein Geschäft, sobald er sich von der Reklame fern hält: Deshalb muß es für jeden intelligenten, einsichtsvollen Geschäftsinhaber ein Gebot sein, sich ständig der Reklame zu bedienen: Wo macht man am wirkungsvollsten Reklame? Nur in den Tageszeitungen!

Für den Posener Bezirk ist unstreitig das am meisten verbreitete und vielgelesene

### „Posener Tageblatt“ (verbunden mit „Posener Warte“)

für Reklamezwecke am besten: Wer daher dauernd geschäftlichen Erfolg haben will, der inseriere ständig im „Posener Tageblatt“.

— Posener Tageblatt. —

Am 14. Dezember entschließt nach Gottes Willen

### Gustav Vierse,

Superintendent a. D. der Diözese Wollstein.

In Dankbarkeit und Treue gedenkt seiner und des reichen Segens, den sie durch ihn empfangen hat, die Gemeinde Wollstein, in der er 32 Jahre hindurch das Amt des ersten Pastors geführt.

Die Lehrer werden leuchten, wie des Himmelsglanz und die, so viele zur Gerechtigkeit weisen, wie die Sterne immer und ewiglich. Daniel 12,3.

Wollstein, den 15. Dezember 1922.

Die kirchlichen Körperschaften.

Am Freitag dem 15. d. Mts. entschließt sanft nach kurzer, schwerer Krankheit mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann

### Heinrich Abramowicz

im Alter von 51 Jahren.

Im Namen der hinterbliebenen Rebecca Abramowicz, geb. Schawl.

Posen, den 16. Dezember 1922.

Die Beisetzung findet am Dienstag, dem 19. d. Mts., nachmittags 1½ Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofs aus statt.

[4581]

### Danksagung!

Für die zahlreiche Teilnahme sowie die Kränze und den Beerdigung meiner lieben Söhnen, unseren unvergesslichen Mutter, insbesondere Herrn Geheimrat Häniß für die treutreichen Worte am Grabe, sowie unserem lieben Verwandten Herrn Pastor Bickerich für die schöne Rede sprechen wir allen unseren herzlichen Dank aus.

Rechnungsamt Karl Friedrich  
4582] nebst Kindern.

### Französischen Sprachunterricht u. englischen

in 6 verschiedenen Gruppen. [4294  
Private Handelschule Dr. Grosszyt.  
ul. 27. Grudnia 4, im Garten.  
Sprechzeit des Schulleiters von 12-1 und 7-8 Uhr.

Für alle aus Polen auswandernden Deutschen werden

1971 Heimatscheine u. Einbürgerungsrechte

prompt besorgt durch

C. B. „Express“, Bydgoszcz,  
Jagiellońska 70.  
Zweiggeschäft Schneidemühl: Bismarckstr. 10, Bahnhof  
Posener Straße 17.

Spezialgeschäft für moderne Brunnenbauten für die allergrößten Betriebe. Schwierige Reparaturen unter Garantie. Erduntersuchungen nach Mineralien. Verschiedenartigste Pumpen und Antriebe sowie Wasserleitungen für alle möglichen Betriebe. Posener Tiefbrunnen-Geschäft n. Pumpenfabrik H. M. Patzer, Poznań, Traugutta 6. Tel. 1562.

### Zu verkaufen:

3 gebrauchte, große Fabriklampen für Spiritus und Gas.

5 Riemenscheiben, Durchmesser eine 98 cm, Breite 18 10 und 10 cm. Bohrloch 65, 80 u. 40 mm.

Brennereigenossenschaft Wilkowice, pow. Leszczynski.

[4545]

Ausschneiden!

Ausschneiden!

### Postbestellung.

An das Postamt in

Unterzeichner bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte) für den Monat Januar 1923

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Postanstalt: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

### TEATR PALACOWY

Vom 16. bis 24. Dezember! Grossartiges Filmwerk u. d. Titel:

## Das Geheimnis des Osiris-Tempels.

Drama in 5 grossen Akten.

In der Hauptrolle der berühmte Kinostar: ELLEN RICHTER.  
Anfang der Vorstellungen: wochentags um 4, 6 und 8 Uhr, Sonn- und Feiertags um 4, letzte Vorstellung um 8 Uhr.

Die schönsten Weihnachtsgeschenke sind:

## Beyer's Handarbeitsbücher

über 60 verschiedene Bände wie:

Kreuzstich : Flachsicht : Leichte Buntstickerei : Weißstickerei  
Filzarbeiten : Häkelarbeiten : Strickarbeiten : Kunstdricken  
Lehrbuch f. Hand- u. Maschine-Nähen : Moderne Alphabete  
Hohlsaum- und Durchbruchstickerei : Ausschnittstickerei.

### Das grosse Lehrbuch der Wäsche

mit zahlreichen Abbildungen für Damen-, Herren-, Kinder- und Erstlingswäsche und 4 grossen Schnittmusterbogen.

### Beyer's Lehrbuch der Hausschneiderei

enthaltend zahlreiche Abbildungen und die besten Anleitungen.

### Beyer's Modenführer f. Damen- u. Kinderkleidung

für die Wintersaison 22/23 mit grossen Schnittmusterbogen.

Sämtliche Bände haben stets vorrätig:

**Evangel. Vereinsbuchhandlung,**  
Poznań, ul. Wiązowa (Am Schloß)

**B. Manke, Poznań, ul. Wodna 5**

Papiergeschäft. Nähe Alter Markt

**P. Lindner Nachf. Jn. Baensch, Poznań,**

Buchhandlung. ul. Kraszowskiego 9.

Ausführliche Bücherverzeichnisse und Preislisten

versendet gegen 50.— Mk. Porto:

Die Vertretung in Polen:

**Leonhard Pfitzner, Poznań, Grobla 25a.**

Als Weihnachtsgeschenk

[1. 83]

## Posener Gesangbücher

von den einfachsten bis zu den elegantesten Ledereinbänden,

### Gemälde - Kunstblätter, modern gerahmt

**Bruno Manke, ul. Wodna 5,**

(inf. Wasserstraße)

Papier- und Schreibwarenhandlung.

Gegründet 1874. Nähe Alter Markt.

### Goldene Klassiker-Bibel,

2 Bände, 40x30, mit über 100 ganzseitigen Kunstdrucken gegen Höchstgebot zu verkaufen. Gest. Angebote unter Nr. 4494 an die Geschäftsstelle d. Bl.

### Schmutz- u. gewaschene Wolle

kaufen wir an zu den höchsten Tagespreisen.

Bemerkte Offerten erbeten.

### Bank Kwilecki Potocki Ska.

Tow. Hk.

Poznań, Al. Marcinkowskiego 11.

Fernsprecher Nr. 3010, 3020, 3026,  
3028, 3048, 1791.

### Weihnachtswunsch!

Junges Mädchen, 23 Jahre, fair, gr. he. natl. Erziehung, wünscht bess. solide Herrn kennen zu lernen zwecks Heirat.

Offerten unter L. R. Nr. 4576

an die Geschäftsstelle d. Bl.

### zu Geschenzkzwecken empfehlen:

**Aus d. Ostlande**

Jahrgang 1917 elegant gebunden.

Ferner:

**Jugendland**

in versch. Jahrgängen,

sowie **Posener Gesangbücher**,

in versch. Ausgaben

Pos. Buchdruckerei

u. Verlagsanstalt t. n.

Poznań

ul. Zwierzyniecka 6

(Tiergartenstr.)

### Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 19. 12. abends 7½ Uhr **Konrad Wallenrod**, Oper von Zelenksi (Preis ermäßigung 50%).

Mittwoch, den 20. 12. abends 7½ Uhr: **Hänsel und Gretel**, Märchen-Oper von Humperdinck.

Donnerstag, 21. 12. abends 7½ Uhr: **Hänsel und Gretel**, Märchen-Oper von Humperdinck.

Freitag, 22. 12. 12: Geist öffen.

Sonnabend, 23. 12. Geist öffen.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejsbrowski ulic Fredry 1.

### COLOSSEUM

sw. Marcin 65.

Vom 18. bis 24. Dezember

Zum ersten Male in Poznań

### Die Denunziantin

Gewaltiges Kriminal-Drama in 5 großen Akten.

Letztes Meisterwerk der Nordiskfilm-Gesellschaft.

In der Hauptrolle der berühmt dänische Filmstar

Klara Wiethe.

Außerdem ein brillantes Lustspiel.

Ab 25. 12. naues Festprogramm.

### Mein Glöcklein

möchte ich wieder läuten für die Josef-Strecker-Anstalten in Pleszew. Es ist heiliger Abend, du soll es besonders hinein bringen in Eltern und Mutterherzen, das sie uns den Weihnachtstisch decken helfen für unsere lieben Kinder. Es handelt sich um verwahrloste, verlassene oder verkrüppelte Kinder. Sie bergen weiterhin auch eine große Anzahl alter und seicher Pestglüge. Wir gehen durch dunkle Zeiten. Aber in dunkler Nacht, da läuft die Glöcklein besonders hell. Und so haben wir die törichten Zwerge wie, doch auch 180 Pestglüge und Pestglüge an dem kommenden Tag sie nicht vergessen werden. Die Biege höret nimmer auf. Seine freundliche Hand nimmt mir herzlichst Dank entgegen

Pfarrer Oswald Pötz in Pleszew.

Postleitzahl Poznań Nr. 201327.

\*\*\*\*\*

Danziger Kerzen- u. Wachs-

warenfabrik G. m. b. H. & Co.

Danzig-Langfuhr, Mönchauerweg 27

Telephon 3514

Spezialität: "Dakema" Baumwolle weiß, 15, 20,

24 Stück per Karton "Dakwa" Kronen-Kerzen

6/5 0,80/0,90. "Takwa" Wagen-Kerze 6/500, 8/5 0.

Altarkerzen in Cerefin und Wachs in jeder ge-

wünschten Größe. Lieferbar jedes Quantum, auch

magazinweise. Günstl. Qualität! B. sie Ausführung!

Generalvertreter: Georg Bräuer, Danzig Hopfen-

gasse 105. — Telep. 3331. 14050

\*\*\*\*\*

Eine wasserfeste Hochglanz

ohne gleichen, ist durch

**Urbin**

nur zu erreichen!

Hersteller: Urbin-Werke Chemische Fabrik

G. m. b. H. Danzig, am Troy.

\*\*\*\*\*

**Treibriemen**

Leder, Kamelhaar, Hasel

Man- u. Draht-Seile

Poznań ul. Śeweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019

**Brillanten!**

**Gold**

**Silber**

**Platin**

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 18. Dezember.

## Eine Trauerkundgebung für den ermordeten Staatspräsidenten.

Die Nationale Arbeiterpartei hatte auf Sonnabend abends 6 Uhr eine Versammlung nach der Villa Flora einberufen, in der auch der Sejmabgeordnete Herz erschien war. Der Saal war überfüllt. Den in Aussicht genommene Vortrag über den Sejm und die wirtschaftliche Lage fiel infolge des Sonnabend-Ereignisses aus. Der Vorsitzende, Genossenschaftsführer Cisak, und der Abgeordnete Herz führten in einer kurzen Ansprache folgendes aus:

"Heute sind unsere Gemüter zu bewegen, um über das Thema unserer Versammlung ruhig verhandeln zu können. Vor acht Tagen durch den Willen des Volkes zum Staatsoberhaupt gewählt, gelobte er Treue dem Volke, der erste Bürger unseres Staates, Narutowicz, fiel durch Mörderhand. Wir drücken uns eben tiefen Abscheu vor dem furchtbaren Verbrechen aus. Heute können wir nicht verhandeln. Wir müssen jetzt dabei sein, daß Recht des Volkes und die in Gefahr geratene Demokratie unseres Volkes und Staates zu schützen. (Stürmische Zurufe.) Wir schlagen die Annahme folgender Entschließung vor:

"Die am 16. Dezember 1922 in der Versammlung der Nationalen Arbeiterpartei anwesenden Arbeiter und Arbeitnehmerinnen der Stadt Posen sprechen ihre tiefste Entrüstung über den empörenden und gemeinen Mord, verübt an der Person des ersten Staatspräsidenten der Republik, Narutowicz, aus. Auf das feierlichste verurteilten sie den Alt der Gewalt und des Terrors, der das leidende Land in seinen Folgen in unübersehbare Ereignisse stürzen kann. Sie befleckt die erste Seite der Geschichte des wiedergeborenen polnischen Reiches. Wir verlangen die strengste Bestrafung der Anstifter des Mordeis."

Nach einstimmiger Annahme der Entschließung sang die Versammlung die Nationalhymne und das Trutzlied "Hej, wam Polonia Magna". Am Schluß wurden stürmische Hochrufe auf die Republik, die freie Demokratie und den Marschall Piłsudski ausgetragen. Darauf löste sich die Versammlung in ruhiger Weise auf.

## Zur Ermordung des Staatspräsidenten.

Die für den gestrigen Sonntag angelegten Versammlungen des Zwischen Ludowa Nordowie, in denen u. a. Konsant sprechen sollte, fielen infolge der Staatstrauer aus. Theater und Kinos blieben geschlossen. Im Großen Theater wurde gestern abend gespielt. Mittags von 12 bis 1 Uhr klang Trauergeläut von sämtlichen Kirchen der Stadt, katholischen wie evangelischen, das vom Stadtrath für die ganze Woche um dieselbe Stunde angeordnet worden ist. Ferner hat der Starost die einstweilige Übernahme der Amtsgewalt des Staatspräsidenten durch den Sejmarschall auf roten Plakaten bekanntgegeben. Ein großer Teil der Amtsgebäude — nicht alle — hat auf Halbmast gesetzt.

## Unzulängliche Gehälter der evangelischen Geistlichen.

Bezeichnend für die Leuerungsverhältnisse in Polen sind die Haushaltserhebungen der evangelischen St. Johannisgemeinde in Lódz. Die Ausgaben der Kirchenklasse wurden auf 57 000 000 M. veranschlagt. Dabei wurden für das Gehalt des ersten und zweiten Pfarrers je 8 000 000 Mark monatlich angesetzt und außerdem dem ersten Pfarrer 1 000 000 Mark und dem zweiten Pfarrer 500 000 M. Belehrungszulage gemahnt. Der Hilfsprediger erhält 300 000 M. Monatsgehalt und eine jährliche Belehrungszulage von 200 000 M. Die Monatsgehälter der übrigen Kirchenbeamten und Angestellten betragen 100 000 bis 250 000 M. sowie je 70 000 M. jährliches Heizgeld. Nicht nur die Kirchengemeinden, sondern auch andere Korporationen unseres Gebiets sollten sich hieran ein Beispiel nehmen, zumal die Preise in Posen jetzt höher sind als in Lódz.

## Weihnachtsaufruf für die Deutsche Altershilfe.

Seit Jahrhunderten fällt in den Dezember, den dunkelsten, lästigen Monat des Jahres, das Fest des strahlenden Lichtes, der Freude. Brächtragen in Dunkelheit, — Freudemachen, das ist das Zeichen des Weihnachtsfestes von je her gewesen, und ist es heute in der Zeit der allgemeinen Notlage mehr denn je. Wer wirklich innerlich Weihnachten feiert, den wird es drängen, am Fest der Liebe seine Dankbarkeit durch kleine Liebesaten zu erweisen. Das Sehnen nach Licht und Freude wächst in unserer dunklen Zeit ins Ungemessene. Dürfen wir das Hoffen und das Freuen so vieler, denen die ungünstigen Valutaverhältnisse noch

zu den Beschwerden des Alters und der Hilflosigkeit den Mangel an dem zum Leben Notwendigsten gebracht haben graujam in nichts vergleichen lassen? Soll zu ihnen kein Strahl von Weihnachtssonne dringen in das Dunkel ihres Lebensabends? Sollen sie wirklich mit ganz leeren Händen vom Weihnachtstisch geben? Über 6 Millionen polnischer Mark haben wir bereits an Spenden für die Deutsche Altershilfe erhalten und zum größten Teil schon den verschiedenen Alters- und Siechenheimen unseres Gebiets und den zahlreichen alleinstehenden notleidenden Alten durch die uns angeschlossenen deutschen Wohlfahrtsvereine ohne Unterschied der Konfession zuwenden können. Aber es handelt sich nicht um einen ehemaligen vorübergehenden Notstand, sondern um eine ständige Notlage, die monatliche Beihilfen erfordert. Wir wenden uns deshalb an diejenigen, die in der glücklichen Lage sind, am Christabend fröhlich unter einer geschmückten Tanne zu stehen, mit der Bitte, den notleidenden Alten zu einer Weihnachtsfreude zu verhelfen. Tragt bei, gebt uns die Möglichkeit, Freude zu bereiten, daß wir unseren Alten Menschenliebe zeigen können, daß auch sie zum Christfest singen können: "O, du fröhliche, o duelige, — gnadenbringende Weihnachtszeit!"

Deutsches Wohlfahrtsamt Posen.  
Kammel, Pfarrer. Frau Charlotte Krieger.

## Bromberger Protestversammlung gegen das Antialkoholgesetz.

Auch in Bromberg hat eine Protestversammlung gegen das mit dem 1. d. Mts. in Kraft tretende Antialkoholgesetz, und zwar am Freitag vorherige Woche stattgefunden, über deren Verlauf die "Deutsche Rundschau" folgendes berichtet:

Zu einer großen Kundgebung gestaltete sich gestern (Freitag) die Protestversammlung gegen die Entziehung der Erlaubnis zum Alkoholausfuhrplan für einen großen Teil der Gastwirtschaften und Schanklokale. Hunderte von Gastwirten und deren Angestellten aus Bromberg und den näheren und weiteren Umgebung unserer Stadt füllten den Paketraum des Saals und sogar die angrenzenden Nebenräume bis zum letzten Platz. Außer dem Gastwirte verband nahmen an der Versammlung noch neun andere Verbände teil, die mehr oder minder stark auch von dem Verbot mitbetroffen werden, und deren Lebensorgher dadurch gefährdet oder stark beschränkt wird. Zum Verteiler der Versammlung wurde der ehemalige Sejmabgeordnete Jozef gewählt, der in der Begrüßungsansprache u. a. mitteilte, daß die interessierten Verbände sich in einer dringenden Interpellation an den Sejm gewandt haben, der sich bei seinem Zusammentritt am 28. d. Mts. mit dieser Angelegenheit befassen dürfte. Auf der Tagesordnung standen Vorträge der Vertreter der einzelnen interessierten Verbände, in denen die allgemeinen und besonderen Gründe und Einwände gegen die drastische Durchführung des Gesetzes zusammengefaßt waren. Der Vertreter des Gastwirteverbandes wies namentlich auf die Verfassungsbefreiungen hin, nach denen jedem Bürger Polens erstens unbeschränkte und freie Ausübung seines Erwerbs zugesichert wird, zweitens aber, im Falle einer Enteignung, eine entsprechende Entschädigung erfolgen soll. Durch das Antialkoholgesetz würden aber in Polen etwa 600 000 Gastrivere brotlos werden. Die Gastrivere selbst seien auch Gegner der Trunksucht und bekämpfen diese in ihren Lokalen nach Möglichkeit. Eine Verminderung der Schankstätten könne zwar stattfinden, doch müßte diese allmählich vor sich gehen und so, daß niemand dadurch unvermittelbar brotlos werde.

Nach einer Ansprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die sich im allgemeinen an die seinerzeit in Posen gesetzte und damals hier mitgeteilte anschließt. Darin wird von den zehn unterzeichneten Vereinen schärfster Einspruch erhoben gegen die Handhabung der Gesetzesbestimmungen, wie sie von den betreffenden Kommissionen geübt worden ist.

Als äußeres Zeichen des Protests erfolgte Freitagabend von 6 Uhr ab eine allgemein durchgeführte Schließung aller Gastwirtschaften, Kaffeehäuser usw.

## Schwindeleien und kein Ende!

Am vorigen Freitag erschien bei einer Bewohnerin des Hauses ul. Polna 8 (fr. Feldstraße) ein angeblicher Verufragter der Gasanstalt, um für die letzten vier Wochen das Gasgeld einzuziehen. Er hatte das übliche Gaskontrollbuch nicht bei sich, fragte die Frau, wieviel Gas sie in den vorhergegangenen vier Wochen verbraucht hätte, stellte dann den diesmaligen Verbrauch auf 61 Kubikmeter fest und verlangte dafür die Bezahlung von genau 25000 Mark. Auf den Einwand der Frau, daß das Gas unmöglich so teuer sein könnte, erklärte er, daß der Gaspreis auf 500 M. für das Kubikmeter erhöht worden sei; wenn sie nicht sofort bezahle, werde ihr das Gas abgesperrt werden. Nichtsdestotrotz zählte die Frau nicht, sondern empfahl dem "Beauftragten", am folgenden Tage wiederzukommen. Er stellte das auch am Sonnabend in Aussicht; wenn sie dann nicht bezahle, werde der Gasmesser abgenommen. Er ist aber bisher nicht wieder erschienen, ein deutlicher Beweis dafür, daß es sich um

Schwierigkeit aufgehoben und fortgetragen. Hinter ihnen hörte ein lustiges Rächen und ein ehrlich gemeintes "Möge Allah sie verfluchen!" Das letztere verstanden die Verbrecher nicht, denn es war arabisch und kam von Fatme; aber das erste verstanden sie sehr wohl, denn es war international und kam von Kel.

Die beiden menschlichen Bündel fühlten sich schließlich in einem Bett niedergelegt und spürten Matten unter ihrem Rücken. So blieben sie allein bis nach Mitternacht. Es war eine verzweifelte Gesichts. Schlafen konnten sie nicht, und ihr Leid konnten sie sich auch nicht klagen; einmal weil sie zwei einander fremde Sprachen sprachen und dann, weil sie ja eigentlich Nebenbuhler waren, die sich doch ihren gegenseitigen Hergenfall nicht schildern durften. Dazu klebte Herrn Kronenstein der Mehlyapp noch reichlich auf Gesicht, Haar und Bart, und so widerlich es ihm auch war, er mußte doch suchen, sich durch Verrenkungen der Zunge möglichst von der klebrigen Liebesgabe zu befreien. Die ganze Unterhaltung beschränkte sich so auf das entsprechende Schmähen, unterbrochen durch Flüchen in zwei Sprachen und noch mehr unterdrücktes Stöhnen.

Nach Mitternacht hob sich plötzlich der Zeltvorhang, und wie die beiden Gefangenen in dem flüchtigen Augenblick des bleich einsinkenden Lichtes sehen konnten, schien ein Mann in europäischer Tracht einzutreten. Jeder hielt den Fremden sofort für den eigenen Diener, und wie aus einem Munde scholl es ihm entgegen: "Johann" — "Jean!" Aber der Fremdling sagte nur ganz trocken und sehr bestimmt: "Ruhe!" Und zwar in gutem Deutsch. Und der sonst höchst gelassene, selten aus der Ruhe zu bringende Herr Theobald Kronenstein glaubte Engelmusik zu hören und rief so begeistert wie kaum jemals in seinem Leben: "Ein Landsmann!... Hilfe! Rettung!"

"Ruhe!" gabt der Fremde noch einmal. "Glauben Sie, wir sind allein hier? Wenn Sie nochmals so aufbrüllen, dann können Sie sehen, wie Sie allein fertig werden." Sofort sank die Stimme Kronensteins zu einem kaum vernehmlichen Flüstern herab.

"Ich schweige schon, schweige ja schon — nur helfen Sie mir. Ich gebe Ihnen, was Sie verlangen!"

einen ganz abgefeinnten Schwindler handelt, der sich zweifellos auch noch anderweitig zu betätigen bemühen wird. Das Verhalten der Hausfrau kann nur als nachahmenswertes Beispiel empfohlen werden.

Das Gleiche kann man leider nicht von einer anderen Dame, die auf der Wallstraße wohnhaft ist, behaupten. Bei ihr erschien am Sonnabend ein Mann in Civil, gab sich als Offizier aus und erklärte in der Lage zu sein, ihr vier Hasen und 40 Pf. Mehl abzulassen. Da der geforderte Betrag nicht hoch war, ging die Dame auf den Handel ein. Nunmehr bat der Herr "Offizier" mit Rücksicht auf das kalte Wetter, ihr den im Korridor hängenden Pelz einzuweihen zum Gebrauch zu überlassen; er werde ihn dem Dienstmädchen, das mit ihm zur Empfangnahme der Hasen nach Wilda geben solle, zurückgeben. Auf fällige Weise ging die Dame auf die plumpen Schwindel ein. Als der Herr "Offizier" mit dem Mädchen in die Nähe des Wildaer Tores kam, verduftete er mit dem Pelz, der einen Wert von ½ Millionen darstellt, auf Nimmerwiedersehen. Es handelt sich um einen Pelz mit schwarzem Überzug, mit Widderfransen und länglichen Knöpfen mit Schnüren.

Endlich fiel am Sonnabend vormittag in der ul. Szolna (fr. Schulstraße) ein kleines Mädchen auf dem Wege zur Schule einer jugendlichen Schwindlerin auf. Diese trat an das Kind mit dem Anflinch heran, für sie eine Bestellung in einem Hause zu machen. Den Einwand des Kindes, daß es nicht rechtzeitig in die Schule kommen werde, wußte sie zu zerstreuen. Sie nahm dem Kind die Schulmappe ab. Als das Kind seinen Auftrag erledigt hatte, war die Auftraggeberin mit der Schulmappe und dem darin befindlichen Frühstück verschwunden; die Schulbücher hatten in den Augen der Schwindlerin keine Gnade gefunden; sie lagen hinter der Haustür. Das Kind beschreibt die Schwindlerin als 20—23jährig, dunkelblond und mittelgroß; sie trug einen grauen Mantel mit Kür und dunkle Pelzmütze und ebensolchen Pelzkrallen. Auch vor dieser Schwindlerin seien die Eltern gewarnt.

**A Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Mittwoch dieser Woche 6 Uhr abends statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.:**

**Die Frage des Mietzinses; ein Antrag des Hauptlandamtes über Grundstüde; Annahme der Jahresrechnung der städtischen Werke für 1921; Erhöhung der Hundesteuer; Annahme eines Etatsvorsoratoriums für das 1. Vierteljahr des Rechnungsjahrs 1922; der Umbau des früheren Kaiserpalais (heutigen Offizierbahnhofs) in einen Vorstadtbahnhof.**

**# Verbotene Abtreten von Fernsprechanschlüssen und Gebührenherabsetzung.** Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns, an die Fernsprechabonnenten folgende Warnung zu richten: Immer häufiger kann man in hiesigen Blättern Anzeigen bemerken, in denen Teilnehmer von Fernsprechanschlüssen das Angebot machen, ihren Fernsprechanschluß gegen eine Entschädigung abzutreten. Da die dem Ortsteig eingefügten Anschlüsse ausschließlich Eigentum der Postverwaltung sind und nur diese einen Wechsel im Fernsprechabonnement genehmigen kann, werden die Interessierten vor den Folgen gewarnt, die unerlaubte Transaktionen mit staatlichen Fernsprechanschlüssen haben. In jedem einzelnen Falle, in dem sich ein Missbrauch herausstellt, wird die Direktion rücksichtslos die sofortige Abnahme des betreffenden Apparates ordnen, ohne die entrichteten Anschlußgebühren zurückzuerstatten. Dieselben Folgen hat jeder Abonnent zu tragen, der für die Nutzung des Fernsprechers durch dritte Personen eine Entschädigung in Empfang nimmt.

**# Zum Inkrafttreten des neuen Posttarifs.** Am Sonnabend, 16. d. Mts., ging uns mit der Nachmittagspost ein vom 13. d. Mts. datiertes amtliches Schreiben der hiesigen Post- und Telegraphendirektion zu, das vom 15. d. Mts. ab ein neuer Post-, Telegrafen- und Fernsprechtarif in Kraft treten werde. Zur rechtzeitigen Mitteilung des in das Verkehrswesen tief einwirkenden neuen Posttarifs war dieses Schreiben, das es so verspätet bei uns einging, daß es erst in der heutigen Dienstagsausgabe veröffentlicht werden können, keinesfalls geeignet.

**# Zur Erhöhung der Streichholzsteuer** schreibt uns ein Leser. Die Anordnung, daß die Streichholzstechen aus steuerlichen Gründen nicht mehr als 60 Stück enthalten dürfen, machte mich neugierig, ob die Verbraucher dabei nicht zu kurz kommen. Ich entnahm einem "Iskra"-Paket 4 Schachteln und zählte 45, 50, 54 und 57 Stück; erstaunlicherweise war nur ein Streichholz schlecht, das ich aber mitzählte. Drei Stück unter der steuerlichen Grenze kann man verstehen, will die Fabrik nicht Gefahr laufen, die bestehende Vorschrift zu überstreiten. Ein Weniger von 6, 10 und 15 Stück ist aber bei dem hiesigen hohen Preise bei einem Massenverbrauchsartikel zu viel und sollte nicht vorkommen. Rote Schachteln hatte ich nicht, vielleicht zählt sie ein anderer mal aus.

**# Drohender Kratzstreit.** Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen der Ortskrankenfalle und dem Kratzerverbande geführt wurden, haben zu keiner Verständigung ge-

"Ich habe noch gar nichts gefordert," sagte der Fremde grob. "Lebriques, wie sind Sie denn überhaupt hierhergekommen?" Ein verlegenes Grunzen antwortete ihm.

"Um, Geschäftsgeheimnis? Na, ich will nicht weiter fragen. Kümmere mich nicht um fremde Angelegenheiten. Aber Sie wollen gern aus dieser Sommerville raus nicht?" Ein brummiger Seufzer kam als Antwort. "O Herr — Herr... Ihr Name..."

"Sagen Sie: Herr Kawaz. Ich bin nämlich Kawaz unseres Gefänden in Timbuktu und auf der Durchreise nach Ophir. Besitzt also Beamteigenschaft, was ich besonders zu beachten bitte."

"Das freut mich — hm, aber ich wußte nicht, daß wir eine Wirtsetzung in Timbuktu, wie sagten Sie? Timbuktu? — haben. Aber wollen der Herr — Herr — ehem — Kawaz nicht so freundlich sein." Doch der Herr Kawaz schien Zeit zu haben.

"Sind Sie krank?" fragte er. "Sie sprechen so sonderbar."

"Ich — ja," meinte der Gefesselte, "das ist Teig auf meinem Gesicht... wenn Sie vielleicht ein Messer hätten, mit dessen Rücken..."

"Teig? Wie kommt denn Teig in Ihr Gesicht? Hier können Sie doch nicht so leicht in eine Backmulde fallen, und im Schlaraffenland leben wir doch auch nicht, wo einem bekanntlich ein ungebackener Pfannkuchen ins edle Antlitz fliegen kann." Theobald Kronenstein stöhnte. "Ach nein..." Gutmütig kam es aus dem Dunkel:

"Na, das hängt wohl mit Ihrem Hinterkopf zusammen. Aber wie gesagt, helfen will ich Ihnen, vorausgesetzt, daß Sie nicht ein Kapitalverbrechen begangen haben." Es war so etwas wie ein verlegenes Lachen in Herrn Kronensteins Stimme.

"Ah, weit davon entfernt, kein Mord, bewahre!" Da fuhr ihm der Kawaz schon in die Nede.

(Fortsetzung folgt.)

